

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
7. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 15.06.2011 um 17:15 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:15

Ende:
19:45

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Ernst Dörfler
AM Vincent Endereß
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind

SPD-Fraktion

AM Juliane Eichler
AM Simone Kunkel-Grätz
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel
Stv. Dirk Raabe

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Silvia Ramsel

UWG-Fraktion

AM Annelie Besche

Vertreterin für AM Elisabeth Cordts

Die Linke

Stv. Nelson Janßen

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

1. Beigeordnete Dagmar Formella
Herr Udo Thal
Herr Michael Rennert

Schriftführer

Herr Carsten Butz

Gäste

Kreisdirektor Richter
Herr Weinand (Jobcenter)
Frau Barbezat-Rosdeck (Geschäftsstellenleitung Haan)

Die stellvertretende Vorsitzende Elke Zerhusen-Elker eröffnet um 17:15 Uhr die 7. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan. Er/Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest. Stv. Bernd Stracke übernimmt ab 17.25 Uhr wieder den Vorsitz.

1./ Gemeinsames Projekt des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan mit der IHK Düsseldorf und dem Verein "Wir in Haan" und der Werbegemeinschaft Gruiten; Vorstellung der Ergebnisse des Projekts "Qualitätsoffensive Einzelhandel"

Protokoll:

AM Sattler stellt die Ergebnisse des Projektes "Qualitätsoffensive Einzelhandel" anhand einer Powerpointpräsentation vor.

Es ergeben sich keine weiteren Rückfragen.

**2./ Beschlusskontrolle
-hier: Beanstandung durch den Bürgermeister und
Aufhebung eines Ausschussbeschlusses
Vorlage: 32-1/002/2011/2**

Protokoll:

AL Rennert bezieht sich auf die beigefügte Anlage, wonach der Bürgermeister nicht zu einer Beschlusskontrolle verpflichtet werden könne.

Stv. Lukat gibt an, dass sie sich nicht nur Unterlagen, sondern auch eine neue Vorlage des Bürgermeisters erhofft habe. Andere Städte hätten eine Beschlusskontrolle eingeführt, also sei die Einführung einer solchen grundsätzlich nicht rechtswidrig. Aus Sicht der CDU sei es bedauerlich, dass nichts weiter seitens des Bürgermeisters diesbezüglich gekommen sei. Sie schlage vor, dem Beschluss der Verwaltung zu folgen und einen erweiterten Beschlussvorschlag hinzuzufügen.

AL Rennert weist nochmal darauf hin, dass die Beschlusskontrolle der Stadt Ratingen in der Vorlage seitens der Kreisverwaltung als rechtswidrig beanstandet worden sei. Der Vorschlag der Verwaltung den entsprechenden Beschluss des Sozialausschusses zurückzunehmen, sei in der letzten Sitzung von diesem abgelehnt worden.

Stv. Schneider sagt, dass er weitere Ausführungen und Informationen seitens der Verwaltung gewünscht hätte. Die Information des Städte- und Gemeindebundes sei

für eine Umfassende Prüfung des Sachverhaltes unzureichend gewesen.

Stv. Lukat führt aus, dass man eine gemeinsame Lösung mit der Verwaltung suche und deshalb einen erweiterten Beschlussvorschlag einbringe. Sie weise nochmals darauf hin, dass im JHA eine Beschlusskontrolle eigener Art stillschweigend geduldet werde und dass in Ratingen auch letztlich eine Lösung gefunden worden sei.

AL Rennert stellt klar, dass das Recht auf Beanstandungen nicht an Fristen gebunden sei. Der JHA habe zu keiner Zeit Kontrollen gefordert.

Vors. Stracke gibt an, dass er sich mehr Konstruktivität seitens der Verwaltung gewünscht hätte. Für den Ausschuss sei gegenwärtig kein Überblick über die Beschlussausführung gegeben. Er sehe es auch kritisch, dass es diesbezüglich kein einheitliches Verfahren innerhalb der Verwaltung gebe. Es sei nun Aufgabe des HFA, diesbezüglich etwas in die Wege zu leiten. Die Möglichkeiten innerhalb der Ausschüsse in Haan, Beschlussausführungen nachzuhalten, seien anders gelagert als in größeren Städten.

Abstimmungsergebnis:

1. einstimmig beschlossen.

2. einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. "Der Beschluss des Sozialausschusses vom 08.12.2010 mit nachstehendem Wortlaut

Der Sozialausschuss beschließt, dass eine Beschlusskontrolle eingeführt wird, in der zu jeder Einladung des Ausschusses die offenen Beschlüsse mit Zeitschiene, wann der Beschluss beantragt wurde und bis wann mit der Abarbeitung des Beschlusses zu rechnen ist, gelistet werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die Beschlusskontrolle in die GO des Rates einzuführen.

wird aufgehoben.

2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem HFA in der nächsten Sitzung am 05.07.2011 für die nächste Ratssitzung am 12.07.2011, dass eine einvernehmliche Beschlusskontrolle zwischen Rat und Verwaltung gemäß der Zusage des Bürgermeisters aus der Ratssitzung vom 25.01.2011 erstellt wird.

3./ Auswirkungen der Entscheidung zum Antrag des Kreises Mettmann zur alleinigen Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung für Arbeits-suchende - Gäste: Vertreter des Kreises Mettmann und des Jobcenters ME-aktiv

Protokoll:

Vors. Stracke begrüßt Kreisdirektor Richter von der Kreisverwaltung, Herrn Weinand, Leiter des Bereiches Markt und Integration des Jobcenters Mettmann und Frau Barbezat-Rosdeck, Geschäftsstellenleitung der Geschäftsstelle Haan. Er möchte wissen wie es mit der Geschäftsstelle Haan weitergehe, er habe gehört, dass die Kunden nach Erkrath weitergeleitet würden.

Kreisdirektor Richter gibt sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Kreisverwaltung Mettmann nicht Optionskommune geworden sei. Die Kriterien zur Optionierung seien durch die Landesregierung kurzfristig erweitert worden, weswegen Mettmann diese, trotz guter Ausgangschancen, nicht erhalten habe.

Die Auswirkungen seien, dass nun die Bundesagentur, also der Bund, maßgeblich den Ton angibt und die Kommunen kein Mitbestimmungsrecht hätten. Aufgrund der Kürzung der Mittel durch den Bund, würden auch in Haan Arbeitsgelegenheiten wegfallen. Da der Kreis bereits über das vereinbarte Quantum hinaus Stellen eingebracht und besetzt hatte, werde der Kreis – auch vor dem Hintergrund der vakanten Stellen – keine weiteren Stellenbesetzungen mehr vornehmen.

Die Trägerversammlung habe nur noch organisatorische Aufgaben, auch wenn die Kommunen ab 01.07.2011 den Vorsitz in der Trägerversammlung hätten. Die kommissarische Geschäftsführung des Jobcenters würde Herr Weinand übernehmen.

Stv. Lukat möchte wissen, was konkret für die Kunden der Stadt und die Stadt Haan zu erwarten sei.

Kreisdirektor Richter übermittelt, dass die Arbeit seitens der Bundesagentur wie bei der Arge fortgeführt würde. Es sei allerdings damit zu rechnen, dass die "Spielregeln" kommunalunfreundlicher würden. Für Haan würde sich zunächst unmittelbar in den Arbeitsabläufen nichts ändern, da von der Stadt Haan kein Personal mehr dort eingesetzt sei.

Stv. Schneider fragt, ob und wann mit einer besseren Besetzung der Geschäftsstelle Haan zu rechnen sei.

Kreisdirektor Richter erläutert, dass die Stadt Haan jede freie Stelle, mit dem bei ihr beschäftigten Personal, jederzeit besetzen dürfe. Aus haushaltsrechtlichen Gründen dürfe jedoch kein neues Personal eingestellt werden. Seitens des Kreises könnten auch keine zusätzlichen Stellenbesetzungen mehr vorgenommen werden. Eine Besetzung sei nur über die Regionaldirektion der Bundesagentur in Düsseldorf, namentlich Herrn Jäger, möglich. Es seien jedoch im Jobcenter des Kreises insgesamt derzeit 25 offene Stellen zu verzeichnen. Also bleibe nicht aus, dass den Kunden im nicht geregelten Kundenverkehr, also ohne Termin, zugemutet werden müsse, nach Erkrath in die Geschäftsstelle zu fahren. Die Auslagen könnten unter Umständen

auch erstattet werden. Bei terminlichen Vereinbarungen seien auch Vorsprachen in Haan möglich.

Stv. Daniel bittet um Information, ob eine spätere Option noch möglich sei.

Kreisdirektor Richter berichtet, dass im Grundsatz eine Möglichkeit bestünde, dies aber nicht realistisch zu erwarten sei.

1. Bgo Formella informiert, dass Maßnahmen bereits deutlich gekürzt worden seien. Was dies für den Bereich der Jugendhilfe bedeute, sei noch nicht abzusehen.

Stv. Lukat erfragt, was das für die berufsqualifizierenden Maßnahmen der VHS bedeute und ob verschiedene Maßnahmen gar nicht mehr statt finden würden?

1.Bgo. Formella erklärt, dass von erheblichen Reduzierungen auszugehen sei. Wie sich das konkret darstelle, werde man voraussichtlich Mitte Juli genauer darstellen können und würde dies, sobald möglich, im HFA und Rat berichten.

Herr Weinand stellt in einer Präsentation (Anlage 1) die gegenwärtige Situation des Jobcenters Mettmann, insbesondere der Geschäftsstelle Haan, dar.

Derzeit seien 2 Arbeitsvermittler, 1 Fallmanager und 6. Leistungssachbearbeiter/innen in der Geschäftsstelle Haan tätig.

Es fehle eine Kraft in der Arbeitsvermittlung und die Eingangszone sei gar nicht besetzt, was zu erheblichen logistischen Problemen führe. Deswegen sei eine Vertretungsregelung in Erkrath für Besucher ohne Termin derzeit unumgänglich. Mit einer Neubesetzung der Stelle sei in den nächsten 3 – 6 Monaten nicht zu rechnen.

Frau Barbezat-Rosdeck lobt, dass ihre Mitarbeiter/innen motiviert an der Zielerreichung arbeiten würden. Krankheits- und personalbedingt sei derzeit nicht mehr leistbar.

Stv. Lukat zieht einen Vergleich zu den Zahlen von 2007. Daran sei zu erkennen, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 18% angestiegen sei. Sie würde gerne wissen, warum. Sie hätte gerne eine Struktur der Bedarfsgemeinschaften für das Protokoll (Anlage 2).

Herr Weinand erläutert, dass die Steigerungen innerhalb von Mettmann unterschiedlich seien. Je nach Alter und Qualifikation ließen sich die Arbeitslosen besser oder schlechter in den Arbeitsmarkt zurückführen. In Haan sei ein hoher Anteil von sogenannten Aufstockern (deren Gehalt zur Bestreitung des Lebensunterhaltes nicht ausreiche) und Selbständigen zu verzeichnen. Des Weiteren gäbe es einige Wanderungsbewegungen aufgrund von Umzügen, hierüber gäbe es kein gutes Statistikmaterial.

1. Bgo. Formella möchte wissen, wie es mit Maßnahmemitteln zur Integration Selbständiger aussehe.

Herr Weinand erklärt, dass er diesbezüglich außen vor sei, da dies seitens der Regionaldirektion in Düsseldorf entschieden werde. Er könne festhalten, dass es bei den Jugendlichen keine Kürzung gäbe aber im Bereich der Arbeitsgelegenheiten gekürzt

werde, auch um dies zu finanzieren.

Vors. Stracke fragt, wie sich die Arbeitslosigkeit im Kreis Mettmann insgesamt entwickle.

Herr Weinand berichtet, dass insgesamt in Mettmann eine gute Entwicklung zu verzeichnen sei. Gerade aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels. Ein Problem sei, Jugendliche ohne Abschluss zu integrieren und die sogenannten Problemfälle, hier sehe er keine guten Erfolgsquoten und Perspektiven.

Vors. Stracke hätte gerne eine regelmäßige Übersicht zur Verfügung, in der monatlich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit dargestellt würde. Er fragt an, ob dies nicht im Informationssystem regelmäßig eingepflegt werden könne.

AL Thal sagt, dass geprüft werde, ob dies umzusetzen sei.

4./ Anfragen

Protokoll:

Herr Beyll hat eine Anlage "Jahresbericht 2010 der Schuldnerberatung" beifügen lassen.

Hierzu gibt es keine Rückfragen.

5./ Mitteilungen

Protokoll:

AL Thal lädt zum 29.06.2011 zum Start des Pflegestützpunktes ein.

Herr Sattler teilt mit, dass Unterschriften zur Eröffnung einer neurologischen Praxis gesammelt würden, über 500 seien schon zusammen. Die Unterschriften würden an die Kassenärztliche Versorgung Nordrhein, zur Prüfung, übergeben.

Des Weiteren beklagt er, dass der Seniorenbeirat nun seit 18 Monaten im Amt sei und dennoch in vielen Entscheidungsprozessen von Rat und Verwaltung nicht mit einbezogen sei.

AL Thal greift die Besorgnis auf und berichtet von dem in der des Seniorenbeirates unterbreiteten Vorschlag, dass Seniorenbeirat und Verwaltung gemeinsam Regelungen erarbeiteten, um den Seniorenbeirat besser und schneller zu informieren.

